

DIE LINKE
Bezirksrätin
Angelika Strobel

Werneck, den 19.07.2014

An den
Bezirkstagspräsidenten
Herrn
Erwin Dotzel

Sehr geehrter Herr Dotzel,

Betrifft:

Gefährdung kommunaler Handlungsspielräume durch das Abkommen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP)

Dazu stelle ich folgenden Antrag:

Der Bezirkstag von Unterfranken fordert das europäische Parlament auf, einen sofortigen Stopp der Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zu erwirken und dafür Sorge zu tragen, dass in neuen Verhandlungen gesichert wird, dass die Wahrung der europäischen Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards sowie der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge nicht durch dieses Abkommen gefährdet werden können.

Begründung:

Zur Zeit laufen die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und der USA. Offiziell ist das Verhandlungsmandat der EU für TTIP zwar nicht bekannt, tatsächlich aber kursiert das Dokument, in dem Art und Umfang dieses umfassenden Handels- und Investitionsabkommens festgelegt ist, im Internet.

Das Mandat umfasst auch kommunalrelevante Handlungsbereiche, etwa das öffentliche Auftragswesen, Energiepolitik und Umweltschutz. Auch die Trinkwasserversorgung in öffentlicher Hand könnte bedroht sein. Die EU-Kommission könnte in Zukunft mit Hinweis auf internationale Abkommen eine Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa durchsetzen.

Die globalisierungskritische Organisation Attac befürchtet: „das öffentliche Beschaffungswesen soll auf allen Ebenen geöffnet werden.

Soziale und ökologische Aspekte könnten dann nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden.“

Dies könnte auch als Einfallstor dienen, um die Wasserversorgung (selbst in den USA noch überwiegend in kommunaler Hand) zu privatisieren. Die Folge einer solchen Privatisierungswelle wären steigende Preise und sinkende Qualität.

Die Befürworter/innen des Abkommens hoffen auf einen weiteren Schub des Welthandels, auf neue Jobs und Einkommenszuwächse für die Bewohner/innen.

Attac fasst mögliche Auswirkungen wie folgt zusammen: „bezahlen müssen es die BürgerInnen in der EU und den USA mit einem beispiellosen Abbau von Produktionsstandards, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmer/innenrechten, sinkenden Lohnniveaus, Umwelt- und Sozialauflagen, ja sogar unserer demokratischen Rechtsstaatlichkeit.“

Ein weiterer Kritikpunkt ist der sog. Investorenschutz, ein Sonder-Klagerecht für Unternehmen.

Demnach soll für ausländische Konzerne die Möglichkeit geschaffen werden, vor Schiedsstellen gegen Staaten klagen zu können, wenn Gesetzesänderungen ihre Investitionstätigkeiten oder Gewinnerwartungen einschränken. Dadurch wird ein zweites, völlig intransparentes Rechtssystem geschaffen und die gängigen Rechtswege werden ausgehebelt.

In der Konsequenz steht zu befürchten, dass Staaten künftig lieber auf Verbesserungen im Verbraucherschutz, bei Sozialstandards oder im Umweltbereich verzichten, als sich mit transnationalen Großkonzernen anzulegen.

Attac nennt die Klage des schwedischen Vattenfall-Konzerns – nach dem Atomausstieg klagt der Energiekonzern vor einer internationalen Schiedsstelle auf 3,7 Milliarden Euro Schadenersatz – als Beispiel für eine solche undemokratische Praxis.

Auch wir als Bezirk Unterfranken sind eine kommunale Einrichtung und der Bezirkstag hat die Verantwortung für zahlreiche eigene Einrichtungen wie z. B. Orthopädie und Psychiatrie Schloss Werneck, Bezirkskrankenhaus Lohr, usw., um nur einige zu nennen.

Konkret heißt das, wenn das TTIP so wie jetzt vorgesehen beschlossen wird, dass wir als Bezirk keine Handhabe gegen private Anbieter haben, wenn solche sich für unsere Einrichtungen interessieren.

Was das für unsere Menschen heißt, die tagtäglich in diesen Einrichtungen in aufopferungsvoller Weise ihren Dienst tun, kann sich jeder selbst überlegen.

Ich bitte deshalb um Behandlung in der nächsten Bezirkstagssitzung am 29.07.14

Mit freundlichen Grüßen

Angelika Strobel
Bezirksrätin
DIE LINKE